

## Übung **Das lange 19. Jahrhundert**

Dr. Wolfgang Piereth

### **BISMARCKS AUSSENPOLITIK (1878-1890) SYSTEM ODER AUSHILFEN?**

---

#### **Ausgangspunkt**

- ◆ Deutsch-Französischer Krieg 1871, aus dem Bismarck heraus annahm, Frankreichs Hauptziel sei nunmehr, sich für die Niederlage und den Verlust Elsaß-Lothringens zu revanchieren
- ◆ Bismarck befürchtete eine Isolation des Reiches aufgrund seiner Lage im Zentrum Europas und seiner neu gewonnenen Machtstellung innerhalb Europas, der er vorzubeugen gedachte  
um dies zu verhindern, hatte er bereits bis 1878 versucht, ein europäisches Bündnissystem zu schaffen, welches ihm die notwendige Handlungsfreiheit bot und dafür wechselseitig einzelne europäische Mächte unterstützt
- ◆ zwischen Österreich-Ungarn und Rußland versuchte Bismarck bereits sehr frühzeitig zu vermitteln und sich von der Gefahr der einseitigen Ausrichtung der deutschen Außenpolitik zu befreien (der russische Außenminister Goartschakow hatte eine solche Bindung im Oktober 1876 von Bismarck gefordert<sup>1</sup>)  
vielmehr unterstütze Bismarck in der Orientkrise das gemeinsame Vorgehen Österreich-Ungarns und Rußlands gegen das Osmanische Reich<sup>2</sup> - Bismarck war daran interessiert, Rußland und Österreich-Ungarn die Notwendigkeit eines Beziehungsgeflechts zu Deutschland aufzuzeigen und so die Voraussetzung für die Erneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses zu schaffen
- ◆ da Bismarck mit seinen Bemühungen einer Neuordnung der Verhältnisse auf dem Balkan scheiterte (Botschafterkonferenz vom Dezember 1876 bis Januar 1877 in Konstantinopel), drohte Bismarck nunmehr aufgrund der Verärgerung Londons über Bismarck<sup>3</sup>  
hier versuchte gleichzeitig die Pariser Regierung zunächst gegenüber der britischen Regierung wieder verstärkt in der europäischen Außenpolitik Fuß zu fassen  
Bismarck versuchte nunmehr erneut eine Lösung der Balkan-Krise, indem er allen europäischen Mächten „ein Stück vom Kuchen“ zu Lasten des Osmanischen Reiches anbot, so Rußland zu befriedigen versuchte und so einen Krieg zwischen den europäischen Mächte zu verhindern suchte („Kissinger Diktat“<sup>4</sup>, 15.6.1877) und eine

---

<sup>1</sup> Mommsen: Großmachtstellung und Weltpolitik, S. 28

<sup>2</sup> Rußland versuchte hier, daß 1856 verlorene Bessarabien zurückzugewinnen und Österreich-Ungarn wollte Bosnien und die Herzegowina in seinen Machtbereich integrieren, wozu beiden Mächte die Aufstände in Serbien und Montenegro gegen die osmanische Herrschaft nutzten.

<sup>3</sup> Die britische Regierung warf Bismarck vor, seine Forderungen wären zu überzogen gewesen, so daß sie für den osmanischen Sultan nicht annehmbar waren und so das Scheitern der Botschaftskonferenz von Bismarck in Kauf genommen wurde.

<sup>4</sup> „Ein französisches Blatt sagte neulich von mir, ich hätte „le cauchemar des coalitions“; dieser Art Alp wird für einen deutschen Minister noch lange, und vielleicht immer, ein sehr berechtigter bleiben. Koalitionen

latente politische Hegemonialstellung des Deutschen Reiches gebracht hätte, die es bislang nur Dank seiner militärischen Stärke besaß  
für Bismarck war entscheidend, in einem von fünf Großmächten beherrschten europäischen Staatensystem immer mit mindestens dreien im Bündnis zu stehen

- ◆ gleichzeitig bildete die Stabilisierung Österreich-Ungarns und Rußlands für Bismarck auch ein innenpolitisches Interesse, um so das Konservative System zu erhalten und die durch den Kompromiß zwischen fortschrittlichen und konservativen Kräften im Zuge der deutschen Einigung
- ◆ Bismarck nahm mit seiner Strategie einen permanenten Konflikt auf dem Balkan in Kauf, da einerseits sich das Osmanische Reich nur schwer mit seiner territorialen Begrenzung und die Balkanvölker mit der Ablehnung der von ihnen geforderten Selbstständigkeit würden abfinden können<sup>5</sup>  
gleichzeitig bestand die Gefahr, daß sich alle europäischen Mächte letztlich geschlossen gegen das Deutsche Reich wandten, da sie das Spiel Bismarcks mißbilligten

### ***Zweibund → Dreibund***

- ◆ zwar hatte Bismarck sein Ziel auf der Berliner Konferenz erreicht, einen militärischen Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Rußland auf dem Balkan zu verhindern, allerdings um den Preis einer Verstimmung Rußlands, die Deutschland vorwarf, zu stark auf Seiten Österreich-Ungarns zu stehen<sup>6</sup>  
gleichzeitig zeigte die Strategie Bismarcks der Ableitung von Konflikten an die Peripherie und in das Osmanische Reich abzuleiten, nicht den notwendigen Erfolg insgesamt blieb damit der Druck auf die europäischen Zentralmächte erhalten und eine Vertragsbindung mit Frankreich stand weiterhin im Raum
- ◆ gleichzeitig kam es im Zuge der Zuspitzung der innenpolitischen Lage in Ägypten<sup>7</sup> zu einer erneuten Anspannung der Lage auf dem Balkan, wo Österreich-Ungarn und Rußland ihre Vormachtstellung versuchten auszubauen und so das bismarcksche Bündnissystem gefährdeten

---

gegen uns können auf westmächtiger Basis mit Zutritt Österreichs sich bilden, gefährlicher vielleicht noch auf russisch-österreichisch-französischer; eine große Intimität zwischen zweien der drei letztgenannten Mächte würde der dritten unter ihnen jedoch das Mittel zu einem sehr empfindlichen Druck auf uns bieten. In der Sorge vor diesen Eventualitäten, nicht sofort, aber im Laufe der Jahre, würde ich als wünschenswerte Ergebnisse der orientalischen Krisis für uns ansehen: 1. Gravitation der russischen und österreichischen Interessen und gegenseitigen Rivalitäten nach Osten hin, 2. der Anlaß für Rußland, eine starke Defensivstellung im Orient und an seinen Küsten zu nehmen und unseres Bündnisses zu bedürfen, 3. für England und Rußland ein befriedigender status quo, der ihnen dasselbe Interesse an Erhaltung des Bestehenden gibt, welches wir haben, 4. Loslösung Englands von dem uns feindlich bleibenden Frankreich wegen Ägypten und des Mittelmeers, 5. Beziehungen zwischen Rußland und Österreich, welches es beiden schwierig machen, die antideutsche Konspiration gegen uns gemeinsam herauszustellen, zu welcher zentralistische und klerikale Elemente in Österreich etwas geneigt sein möchten.“  
(aus: Mommsen: Großmachtstellung und Weltpolitik, S. 31)

<sup>5</sup> Bismarck geriet mit dieser Politik vor allem mit Großbritannien im Gegensatz, welches das Prinzip der nationalen Selbstbestimmung verwirklicht wissen wollte; Bismarck empfand diese Argumentation Sir William Gladstones als „Moralisierer“, die die tatsächlichen Gegebenheiten vernachlässigte.

<sup>6</sup> Die Rußland im Frieden von San Stefano zugesprochenen politischen und territorialen Vorteile auf dem Balkan waren am Widerspruch der Großmächte gescheitert. Rußland warf Bismarck daraufhin vor, sich nicht mit dem nötigen Nachdruck für die russischen Interessen engagiert zu haben.

<sup>7</sup> Frankreich und Großbritannien hatten die Doppelkontrolle der ägyptischen Staatsfinanzen durch einen Finanzfachmann im Ministerrang der jeweiligen Regierungen aufgehoben. Bismarck nutzte die Möglichkeit, gegen die seiner Ansicht nach bestehende Verletzung europäischen Rechts zu protestieren, obwohl deutsche Kapitalanleger nur mit geringen Einlagen in Ägypten präsent waren, und versuchte so, Großbritannien zu einer Intervention zu bewegen. Zwar nutzte Großbritannien die Möglichkeit ebensowenig wie Frankreich in Syrien. Allerdings okkupierte Frankreich 1881 Tunesien und drang damit direkt in den Einflußbereich des jungen italienischen Staates ein und errichtete im Vertrag von Bardo 1881 ein Schattenregime unter französischem Protektorat, welches wiederum bei Italien imperialistische Gelüste weckte.

- ◆ insgesamt verschlechterten sich die deutsch-russischen Beziehungen immer stärker, nachdem sich die Ergebnisse der Berliner Konferenz im Zuge der Auslegungskommissionen des Frieden von Berlin noch weiter verschlechterten und im sogenannten Ohrfeigenbrief Zar Alexanders I. an Kaiser Wilhelm I. vom 3./15. August 1879 gipfelte, indem sich der Zar über die seiner Ansicht nach bestehende antirussische Haltung der deutschen Außenpolitik und den Export russischer Agrarprodukte behindernden deutschen Schutzzölle beklagte  
Kaiser Wilhelm I. war über diesen Brief hochgradig irritiert, nachdem ihm bereits aus weltanschaulichen Gründen an einem engen Verhältnis zu Rußland gelegen war und er mit dem Brief das Drei-Kaiser-Verhältnis von 1873 als aufgelöst betrachten mußte
- ◆ Bismarck sah in dem „Ohrfeigenbrief“ ebenfalls eine Gefahr, allerdings beurteilte er die Situation dahingehend, daß nunmehr von Rußland eine weitaus größere Kriegsgefahr als von Frankreich ausgehe und er keine andere Möglichkeit suchte, als seine bisherige Vermittlungsposition zwischen Österreich-Ungarn und Rußland dahingehend zu korrigieren, daß er eine leichte Gewichtsverschiebung zugunsten Österreich-Ungarns vornehmen wollte<sup>8</sup>  
vielfach wird an dieser Stelle angenommen, daß die Hinwendung Bismarcks zu Österreich-Ungarn lediglich „temporär“ ist und eine „Aushilfe“ zu Besinnung der russischen Haltung darstellt
  - allerdings dachte Bismarck bereits sehr frühzeitig an ein reines Defensivbündnis mit Österreich-Ungarn, welches der Öffentlichkeit zugänglich war und von den Parlamenten beschlossen werden sollte  
gleichzeitig hat Bismarck beabsichtigt, das Bündnis durch eine Zollunion zu ergänzen und so die materielle Grundlagen abzusichern
  - Bismarck selbst bezeichnete seine Pläne gelegentlich als eine Art der Wiederherstellung des Deutschen Bundes, was faktisch bedeutete, das Österreich-Ungarn für Deutschland im europäischen Staatensystem eine besondere Stellung einnimmt<sup>9</sup>  
Bismarck stieß mit seinen Ideen auf weitgehende Unterstützung innerhalb der politischen Klasse und war offenbar 1878 weitaus stärker bereit, den mitteleuropäischen Mächten eine zentrale Rolle in der deutschen Außenpolitik zuzuerkennen
- ◆ für Bismarck problematisch war dabei, daß seine Pläne eines offenen Bündnisses von Graf Andrassy abgelehnt wurde und die Errichtung einer Zoll-Union mit dem Frieden von Paris 1866 kollidierte, der dann einen gleichen Anspruch Frankreichs begründen würde  
Graf Andrassy war lediglich bereit, einen Vertrag im Rahmen der klassischen Machtpolitik einzugehen, der auch nicht offensiv und zukunftsgerichtet formuliert war; vielmehr sollte der Vertrag geheim bleiben und nicht von den Parlamenten ratifiziert werden  
gleichzeitig war Bismarck mit einer zumindest reservierten Haltung Kaiser Wilhelm I. konfrontiert, der in dem Abkommen mit Österreich-Ungarn eine von ihm zu vermeidende Brückierung Rußlands sah und es Bismarck nur mit der Drohung seines Rücktritts gelang, den Kaiser zum Abschluß des Zweibundvertrages zu bewegen
- ◆ am 7.10.1879 geschlossen und zunächst gegen Rußland<sup>10</sup> gerichtet, welches das 1881 abgeschlossene Dreikaiserabkommen bei der anstehenden Verlängerung 1884 ablehnte und seither immer wieder Preußen versuchte, gegen Österreich-Ungarn auf seine Seite zu ziehen

<sup>8</sup> Bismarck suchte dadurch auch klarzustellen, daß die deutsche Dankbarkeit für die russische Haltung 1866 und 1870/71 nicht dahingehend ausgelegt werden könne, daß Deutschland sich immer den russischen Interessen unterordnen würde.

<sup>9</sup> Bismarck konnte sich hier auf die pro-österreichische Einstellung in der deutschen Bevölkerung stützen

<sup>10</sup> Vertragstext: „daß die Rüstung Rußlands sich als bedrohlich ... in Wirklich nicht erweisen werden“

- ◆ beide Vertragsparteien verpflichteten sich zu gegenseitigem Beistand, sollte Rußland eine der Vertragsparteien angreifen und bei dem Angriff einer dritten Macht „wohlwollende“ Neutralität zu wahren  
der Vertrag galt zunächst drei Jahre und verlängerte sich danach automatisch um drei Jahre, wenn nicht eine Vertragspartei um eine Änderung oder Aussetzung ersucht (Geltung faktisch bis 1918)
- ◆ der Bund wurde sowohl in Deutschland als auch in Österreich-Ungarn begrüßt, da er insbesondere vom national-liberalen Bürgertum als Fortsetzung der Idee von 1848/49 gesehen wurde<sup>11</sup>  
er stellte einen Eckpfeiler im bismarckschen Bündnissystem nach 1879 dar
- ◆ Österreich-Ungarn gab der Vertrag Schutz gegenüber Rußland, gleichzeitig schränkte es jedoch Bemühungen der kuk-Monarchie zu einer offensiven Balkan-Politik ein  
gleichzeitig gab er dem Deutschen Reich die Garantie, daß Österreich-Ungarn bei einem Konflikt Deutschlands mit Frankreich nicht wieder mit Frankreich paktiert, wie dies 1875 drohte
- ◆ Mommsen beurteilt den Vertrag als Teil der bismarckschen Politik, Rußland wieder in das Lager der drei konservativen Mächte zurückzuführen und sieht darin den Grund dafür, daß der Vertrag keine Ermutigung für eine offensive Balkan-Politik Österreichs bietet  
allerdings stärkte es eine kuk-Position innerhalb Europas und auf dem Balkan, welches dadurch dokumentiert wurde, daß die kuk-Monarchie weitere, gegen Rußland gerichtete Defensivverträge mit Rumänien und Serbien abschloß<sup>12</sup>
- ◆ Italien trat am 20.5.1882 dem Zweibund (jetzt: **Dreibund**) bei, als Frankreich Tunis besetzt hatte
  - damit erreichte der Dreibund die von Bismarck beabsichtigte Frontstellung gegen Frankreich, zumal Großbritannien dem Dreibund wohlwollend gegenüberstand<sup>13</sup>  
für Italien war dabei die jahrelange italienfreundliche Politik des Deutschen Reiches, insbesondere in der „Vatikan-Frage“ und in den italienischen Befreiungskriegen, von entscheidender Bedeutung, welches es Italien trotz der österreichischen Beteiligung ermöglichte, dem Pakt der Mittelmächte beizutreten  
Bismarck brachte das Bündnis mit Italien die Absicherung seines Bündnissystems, auch wenn er dabei die imperialen Bestrebungen Italiens in Afrika akzeptieren mußte
  - der Vertrag war äußerst restriktiv gehalten  
danach darf keiner der Bündnispartner einem Bündnis beitreten durfte, daß gegen einen Vertragsstaat gerichtet war  
in wichtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen verpflichten sich die Staaten zu vorherigen Konsultation  
sofern Frankreich Italien oder das Deutsche Reich angreifen sollte, konnte der Angegriffene Unterstützung der beiden anderen Staaten erwarten; ansonsten sicherte der Vertrag wohlwollende Neutralität (auch, wenn ein Vertragsstaat angriff, soweit seine Sicherheit soweit bedroht sei, daß er sich zu einem Angriff genötigt sieht)
  - auf Verlangen Italiens wurde in den Vertrag eingefügt, daß eine Ausrichtung des Bündnisses gegen Großbritannien nicht besteht (Mancini-Erklärung), die zwar in Berlin und Wien auf Irritation stieß, aber schließlich akzeptiert wurde<sup>14</sup>

---

<sup>11</sup> Helmut M. Müller: Schlaglichter der deutschen Geschichte, S. 192

<sup>12</sup> Rumänien hatte 1881 Bismarck ersucht, dem Zweibund beitreten zu können, was dieser jedoch mit dem Verweis auf Wien und eine dadurch drohende weitere Verschärfung des Konfliktes mit Rußland ablehnte (Mommsen, S. 45)

<sup>13</sup> Großbritannien selbst wollte einem kontinentalen Bündnis nicht beitreten, da es hier die Einschränkung seiner Unabhängigkeit fürchtete (Kissinger, Die Vernunft der Nationen)

<sup>14</sup> Damit widersprach der Dreibund der grundsätzlichen Zielrichtung des Drei-Kaiser-Abkommens. (Mommsen, S. 51)

- keine Einigung konnte in der „Vatikan-Frage“<sup>15</sup> und der Einbeziehung Italiens als gleichberechtigter Partner in der Orient-Politik
- für Österreich-Ungarn besaß der Dreibund eine imperialistische Dimension, die seine

### ***Dreikaiserabkommen***

- ◆ Bismarcks Ziel war es seit langem, die Allianz der drei konservativen Mächte, die 1875 auseinandergebrochen war, wieder herzustellen nach dem Abschluß des Zweibund-Vertrages und der Verärgerung Rußlands im Zuge der Berliner Konferenz konnte Bismarck aus einer Position der Stärke heraus verhandeln<sup>16</sup> und gleichzeitig die für beide Seiten nicht vorteilhafte Orient-Politik des britischen Premier Sir Gladstone als Anknüpfungspunkt nutzen<sup>17</sup> Rußland wie Österreich-Ungarn waren dagegen bemüht, die Rolle des türkischen Sultans auf dem Balkan zu übernehmen, so daß an einer Unabhängigkeit der Balkan-Völker ihnen nichts gelegen war und kuk-Monarchie aufgrund ihrer Nationalitätenvielfalt ihren inneren Bestand gefährdet sah Bismarck setzte sich daher für den Erhalt des Status quo auf dem Balkan ein und wies alle Reformversuche der Westmächte zurück, insbesondere Bestrebungen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker einzuführen und gleichzeitig mäßigend auf die Balkanbestrebungen der beiden Kaiserreiche einzuwirken für den russischen Kaiser war gleichfalls klar, daß es ohne die Rückendeckung Deutschlands in einer Konfrontation im Orient allein dazustehen, so daß es für die deutschen Wünsche offen war
- ◆ problematisch war dabei jedoch die Überwindung des Mißtrauens zwischen den beiden Kontrahenten auf dem Balkan, zumal beide Seiten noch den manipulatorischen Fähigkeiten Bismarcks mißtrauten so war Bismarck gezwungen, beiden Seiten klar zu machen, daß sie ihre Balkan-Pläne nur nach gegenseitiger Konsultation umsetzen konnten, da sie ansonsten diplomatische Schritte Frankreichs und Großbritanniens zugunsten des Osmanischen Reiches im Orient und der nach Unabhängigkeit strebenden Nationalitäten auf dem Balkan provozierten<sup>18</sup>
- ◆ Bismarck konnte daher schließlich am 18. Juni 1881 den Abschluß der Drei-Kaiser-Allianz melden, die die expansionistischen Bestrebungen sowohl der kuk-Monarchie als auch Rußlands ausnutzte das Abkommen betrachtete die imperialistischen Tendenzen der beiden Mächte als

<sup>15</sup> Österreich-Ungarn konnte als katholische Macht die 1871 geschaffenen Verhältnisse nicht absegnen, in der der quasi unter römischer Aufsicht agierte. Es wurde nunmehr eine Lösung dahingehend gefunden, die es dem Papst ermöglichte, „unabhängig und würdig in Rom zu residieren“. Rom war jedoch weiterhin, entgegen der vatikanischen Ansprüchen, integraler Bestandteil Italiens.

<sup>16</sup> Rußland war auf Drängen Kaiser Wilhelm I. über den Zweibund-Vertrag informiert worden, ohne deren Inhalt bekannt zu geben

<sup>17</sup> Sir Gladstone war 1880 erneut in London als Führer der Liberalen Partei an die Macht gekommen. Seine Regierung betrieb eine anti-imperialistische Politik, deren Ziel es war, die europäischen Territorien der Türkei neu zu ordnen, um die politischen Unruhen einzudämmen und die Übergriffe der türkischen Provinzialgouverneure auf die Bevölkerung zu verhindern. Ziel war damit, den nichttürkischen Völkern auf dem Balkan die volle Unabhängigkeit zu geben, was weder im Interesse Österreich-Ungarns noch Rußlands lag.

<sup>18</sup> Peter A. von Saburow, russ. Botschafter in Berlin 1880: es könnte „gefährlich sein ..., heute in den Kampf mit Österreich um den Osten einzutreten, den eine spätere Generation vielleicht erleben wird. Gegenwärtig können wir diesen nur dann mit einigen Erfolgsaussichten mit friedlichen Mitteln führen, wenn wir uns mit den Kompromissen zufriedengeben, für die Deutschland seine Unterstützung anbietet, und zwar immer dann, wenn sich dazu die Gelegenheit bietet.“

gegeben und wollte sie nicht bremsen oder abblocken; Ziel war es, die jeweiligen Bestrebungen zu koordinieren und Aktionen Dritter von vornherein abzuschirmen im Vertrag war festgelegt, daß die Vertragsparteien bei einem Angriff einer dritten Macht wohlwollende Neutralität zu wahren haben

soweit die angreifende Macht die Türkei sein sollte, durften Maßnahmen nur nach vorherigen Einverständnis offensiv unternommen werden, und das Deutschland gegen jede politische Maßnahme Österreich-Ungarns oder Rußlands sein Veto einlegen konnte gleichzeitig wurde die russische Position auf der Berliner Konferenz 1878, daß die Dardanellen-Meerenge für andere Streitkräfte gesperrt werden könne, anerkannt. im Zusatzprotokoll wurde dann konkrete territoriale Fragen auf dem Balkan geregelt und das die jeweiligen Vertreten beim Sultan von Konstantinopel nur nach vorheriger Konsultation handeln dürfen, um so ein gemeinsames Vorgehen der drei Ostmächte im Orient sicherzustellen und so Frankreich und Großbritannien in Konstantinopel in Minorität zu setzen

- ◆ das Drei-Kaiser-Abkommen richtete sich – im Rahmen der Orient-Politik – indirekt gegen die Westmächte und wurde für Rußland allein aus dieser Sichtweise gerechtfertigt, da es sonst im Orient-Bereich für Rußland vor allem Beschränkungen enthielt

Rußland konnte jedoch gleichzeitig eine Teilrevision der Beschlüsse der Berliner Konferenz 1878 erreichen, war aber bei allen Aktivitäten an die vorherige Verständigung mit Österreich-Ungarn gebunden

Österreich-Ungarn konnte nunmehr seine seit 1878 bestehende Okkupation Bosnien und Herzegowina in eine formelle Herrschaft umwandeln und bot gleichzeitig die Aussicht, auf eine Eingliederung des wirtschaftlich interessanten Sandschak mit der Möglichkeit des Eisenbahnbaus bis Warna

- ◆ da die Ergebnisse für Deutschland selbst relativ wenig brachten, wurde in der Wissenschaft hier vielfach von einer „Aushilfe“ gesprochen, welche dazu diente, „sich gegenseitig von einer kriegerischen Intervention abzuhalten“ allerdings wird das Bündnis, auf welchem das vorherige bismarcksche Bündnissystem beruhte, wiederhergestellt, wenn auch mit weit lapidaren Grunddaten und die imperialen Ambitionen als gegeben akzeptierte Bismarck wurde mit dem Bündnissystem die temporäre Isolation Frankreich und die Neutralität Rußlands bei einer erneuten Auseinandersetzung mit Frankreich garantiert gleichzeitig sicherte sich Bismarck eine relative Distanz zu Großbritannien, welches für ihn keinen großen Bündniswert besaß

### *Nach dem Dreibundvertrag*

Allgemein ging man davon aus, daß Bismarck mit dem Abschluß des Dreibundvertrages sein zweites europäisches Bündnissystem abgeschlossen hat. Es umfaßte mit Ausnahme Frankreichs und Großbritanniens alle europäischen Mächte und verschaffte dem Reich innerhalb Europas eine von Bismarck gewollte starke Stellung.

Allerdings bestanden im inneren des Bündnissystem Bruchlinien und die Widersprüche würden eine kriegerische Auseinandersetzung wohl nicht überleben

Den Kern des Bündnisses bildete das Drei-Kaiser-Bündnis als Bündnis der drei konservativen Monarchien. Es wurde ergänzt und teilweise überlagert durch die beiden anderen Bündnis-Verträge. Das Bündnis mit Italien bot Bismarck einerseits einen zusätzlichen Partner im Fall eines französischen Angriffs, andererseits konnte sich Österreich-Ungarn bei der weiteren Verfolgung seiner Orient-Pläne eine gewisse Rückendeckung erwarten.

Durch die – geheimen – Verträge Österreich-Ungarns mit Rumänien und Serbien, die sich gegen die expansiven Pläne des Osmanischen Reiches, Bulgariens und Rußlands abzusichern versuchten.

Gleichzeitig kam die Interessenpolitik Großbritanniens und Frankreichs Bismarck entgegen, die ein starkes Interesse daran hatten, daß die imperialistischen Interessen Rußlands im Nahen Osten eingedämmt wurden.

In seinem außenpolitischen Ziel der Isolation Frankreichs wurde Bismarck nunmehr auch durch Großbritannien indirekt unterstützt. Beide Staaten hatten sich in der Ägypten-Frage so weit entzweit, daß ein Zusammengehen auch von dieser Seite nicht drohte.

### *Wirkungen des Vertragssystems*

Das Bündnissystem Bismarcks war wesentlich instabiler als es auf den ersten Blick scheinen konnte. Es diente vor allem der Austarierung der Ziele der einzelnen Staaten, die sich in ihren außenpolitischen expansionistischen Zielen nur für eine relativ kurze Zeit Fesseln anlegen ließen und so zu einer Zusammenarbeit mit den rivalisierenden Mächten gezwungen wurden. Keinesfalls konnten sie die Pläne der kuk-Monarchie und Rußlands auf dem Balkan, im Orient und in Nordafrika eindämmen.

Gleichfalls konnte Bismarck keine Lösung für die die Staats- und Gesellschaftsordnung bedrohenden Unabhängigkeitsbestrebungen im Südosten Europas finden.

Bismarck lag aber letztlich auch nichts daran, die expansionistischen Pläne seiner Bündnispartner zu beschränken. Für ihn war entscheidend, daß das Mächtesystem als solches nicht in Frage gestellt und die Handlungsfreiheit des Reiches nicht bedroht wird.<sup>19</sup>

Da sich dies seit Anfang 1883 als immer schwieriger erwies, als Bismarck versuchte, daß Drei-Kaiser-Abkommen, obwohl erst am 17. Juni 1884 auslaufend, bereits jetzt zu verlängern und die Bestimmungen leicht dahingehend zu modifizieren, daß Rußland ein größeres Maß an Handlungsfreiheit gegenüber der kuk-Monarchie erhielt. Rußland selbst war daran interessiert, daß Abkommen nach dem Vorbild des „Reichstadter Abkommens“<sup>20</sup> auszuweiten, was jedoch Bismarck nicht zulassen wollte.

Die Eindämmung der russischen und österreichischen Politik am Bosphorus sah er nicht als Aufgabe des Reiches an, sondern vor allem im Interesse der davon betroffenen Mächte Türkei und Großbritannien liegen konnte.

Rußland wollte eine Abschwächung der Bündnisverpflichtung gegenüber Deutschland, der es einen deutschen Angriffskrieg zu Wiederherstellung des Republikanismus in Frankreich für möglich hielt, wenn in Paris die Monarchie restauriert wurde.<sup>21</sup> Erst nachdem Bismarck erklärt hatte, daß unter seiner Regierung ein Angriffskrieg auf Frankreich nicht erfolgt, war Rußland zu einer Verlängerung des konservativen Monarchiebündnisses mit nur unwesentlichen Abschwächungen am 27. März 1884 bereit. Bismarck machte dabei allerdings den Fehler, die Zuordnung Serbiens und Bosnien-Herzegowinas zur österreichisch-ungarischen und Bulgariens zu russischen Einflußzone als Geschäftsgrundlage der Vertragsverlängerung zu betrachten.

<sup>19</sup> Mommsen, S. 54

<sup>20</sup> Im Reichsstädter Abkommen von ... waren zwischen den Vertragsparteien konkrete Kriegsziele vereinbart worden.

<sup>21</sup> Bismarck hatte immer wieder betont, daß das republikanische Frankreich kein ernstlicher Bündnispartner Deutschlands war, was wohl damit nicht auf für eine restaurierte Monarchie galt und somit für Bismarck ein Interesse daran bestehen mußte, den Republikanismus in Frankreich zu erhalten. (Mommsen, S. 55)

Bereits 1885 – nach dem Abschluß der Berliner Afrika-Konferenz – wurde das Vertragssystem jedoch bereits neuerlich in seiner Existenz bedroht.

In Frankreich stürzte im März 1885 die Regierung Jules Ferry und wurde durch Georges Clemenceaus ersetzt, der bereits in der Vergangenheit mißtrauisch die gemeinsamen Bemühungen Deutschlands und Frankreichs im Kongo-Becken und in Ägypten betrachtet hatte und nunmehr endgültig das Augenmerk der französischen Politik auf das „Loch in den Vogessen“ gelenkt hatte, welches einen nationalistischen Schub im Denken der französischen Politik auslöste.

Gleichzeitig kam es auch in den Balkan-Staaten zu einer verstärkten Politisierung breiter Bevölkerungsschichten, die bislang nur in den Führungseliten vorgeherrscht hatte. Auch hier kam es zu einer national ausgerichteten Denkrichtung im Bürgertum, die bisherige politische Ordnung des Balkan für überkommen hielt.

- ◆ 1885 brach in Ostrumelien ein Aufstand gegen die osmanische Herrschaft aus, in deren Zuge – entgegen den Abmachungen des Berliner Vertrages von 1878 und der Mißachtung des entsprechenden Abmahnung der Großmächte – Alexander von Battenberg<sup>22</sup> zum Herrscher Ostrumeliens gewählt und zum Oberhaupt des vereinigten Bulgariens ausgerufen wurde

Rußland hatte diese von Battenberg durchgeführte Vereinigung seit 1878 wiederholt gefordert, war jedoch von den Großmächten an einer entsprechenden Durchsetzung dieser Politik gehindert worden

erst mit der Verlängerung des Drei-Kaiser-Abkommens ließ es sich von Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich zusichern, daß es bei einer entsprechenden Initiative auch gegen den Willen der Westmächte auf eine entsprechende Unterstützung offen konnte, wobei Rußland jedoch nicht an einer nationalrevolutionären Vereinigung interessiert, die sich insbesondere gegen die russische Vormachtstellung in Bulgarien richtete

Rußland zog daraufhin alle Offiziere aus der bulgarischen Armee ab und drohte mit einem militärischen Eingreifen, um die Status eines informellen Satellitenstaates wieder herzustellen

- ◆ in dieser Situation nutzte Serbien die Möglichkeit und erklärte am 13.11.1885 Bulgarien den Krieg, indem es sich des von einer von serbo-kroatischer Bevölkerungsmehrheit besiedelten Macedoniens bemächtigen und so die Pläne eines Großbulgariens zunichte machen wollte

hierin wiederum vermutete St. Petersburg ein verdecktes Vorgehen Österreich-Ungarns, was jedoch nicht zutraf, da auch Serbien seine vollständige Souveränität von Wien erreichen wollte und sich den dortigen Wünschen nicht mehr bereit war zu fügen

St. Petersburg wiederum vermutete hinter der gesamten Zuspitzung der politischen Situation auf dem Balkan Bismarck selbst, der der kuk-Monarchie den Rücken für deren Vorgehen gestärkt haben soll.

Erst durch eine Botschafterkonferenz in Konstantinopel im Februar 1886 konnte der Konflikt dadurch entschärft werden, daß der osmanische Sultan Abdul Hamid II. Battenberg zum Generalgouverneur für Ostrumelien für fünf Jahre ernannte, so daß für Rußland sich an den bisherigen Rechtsverhältnissen nichts geändert hatte.

Rußland versuchte nunmehr, das Abdriften Bulgariens aus der russischen Einflußzone mit allen Mitteln zu verhindern und kidnappte Battenberg am 20./21.8.1886. Da Bismarck kein

---

<sup>22</sup> von Battenberg war bereits seit längerem von der russischen Politik als Herrscher Bulgariens ausgesucht worden. Allerdings vollzog er jetzt eine Politik, die den Forderungen des nationalliberalen Bürgertums nachkam und die uneingeschränkte Souveränität Bulgariens zum Ziel hatte und westlich orientiert war. (Mommsen, S. 78)



Interesse hatte, die deutsch-russischen Beziehungen weiter zu verschlechtern, versagte der Battenberg jegliche Rückendeckung, der daraufhin nach seiner Freilassung zurücktrat.<sup>23</sup>

Die Nationalbewegung in Bulgarien war jedoch nicht bereit, sich dem Willen der Großmächte, insbesondere Deutschlands und Rußlands, zu beugen und auf die nationale Selbstbestimmung zu verzichten. Gegen den Willen der Großmächte wurde Ferdinand von Sachsen-Coburg-Koáry zu bulgarischen Monarchen gekrönt, womit wiederum symbolisiert wurde, daß zur Durchsetzung der vollen nationalen Souveränität auch bereit war, die aus ihrer Sicht überkommenen internationalen Vereinbarung unberücksichtigt zu lassen.

Das Drei-Kaiser-Abkommen war damit gegenstandslos, da Rußland nicht mehr die Kontrolle über Bulgarien ausüben konnte, die als ausgleichende Gewicht gedachte Kontrolle Österreich-Ungarns über Serbien nach der serbischen Niederlage jedoch erhalten blieb. Dies änderte sich auch nicht, als auch Österreich-Ungarn die Kontrolle über Serbien unter Fürst Milan Obrenovic zunehmend entglitt und auch in Serbien ein verstärktes Nationalgefühl die Oberhand gewann. Das Deutsche Reich war „in bündnispolitischer Sicht auf den Dreibund zurückgefallen“<sup>24</sup>.

Mit der einsetzenden Nationalbewegung auf dem Balkan ging jedoch auch eine verstärkte Nationalisierung der Politik in Rußland, welches die Kabinettsdiplomatie Bismarcks, die wesentlich rationaler agieren konnte, untergrub und eine Politik an den Emotionen der Massen hervorbrachte.

In Rußland wurde dies durch die Ablösung der deutsch-freundlichen Hofaristokratie durch das nationale Bürgertum deutlich, welches eine stärkere Berücksichtigung der nationalen und panslawischen Interessen in der Außenpolitik verlangte.

In Frankreich, bereits mit Clemenceau zu einer betont stärkeren Revanchepolitik zurückgekehrt, wurde mit der Berufung von General Georges Boulanger zum Kriegsminister im Januar 1886 die nationale Agitation zur offenen Regierungspolitik, die eine anti-deutsche Stoßrichtung hatte.<sup>25</sup>

Wie bereits 1881 war auch hier die Gelegenheit genutzt worden, eine französisch-russische Annäherung zu erreichen. Zar Alexander III. war, gegen den Rat seines Außenministers Nikolaj von Giers, bereit, Paris eine Versicherung darüber abzugeben, daß Rußland im Falle eines von Deutschland provozierten Angriffes freie Hand habe und zumindest moralisch Frankreich unterstützen werde.

Bismarcks unmittelbares Ziel nach dem Scheitern des Drei-Kaiser-Abkommens war nunmehr die Erneuerung des Dreibundes. Italien war in diesem Zusammenhang bestrebt, seine imperialistischen Bestrebungen in Nordafrika abzusichern und Sicherheiten gegen eine Ausdehnung des französischen Einflußbereiches zu erhalten.

Italien hatte dafür bereits Kontakt mit Spanien und Großbritannien aufgenommen und letzterem eine Unterstützung seiner Politik in Ägypten gegen Frankreich zugesagt. Für Bismarck wurde die österreichische Haltung problematisch, welches die italienischen Wünsche auf Tripolis nicht stützte und ein Mitspracherecht Roms auf dem Balkan und über die Zukunft des Osmanischen Reiches ablehnte. Lediglich der Umstand, daß die kuk-Monarchie bei einem möglichen russischen Angriff auf die österreichische Interessensphäre auf dem Balkan Rückendeckung von Deutschland benötigte, gab ihm einen gewissen Verhandlungsspielraum.

<sup>23</sup> Für seine Politik in der Bulgarien-Krise von 1885/86 geriet Bismarck im Reichstag unter heftigen Beschuß, der der Ansicht war, daß die starke pro-russische Politik des Kanzlers den deutschen Interessen schadete und vielmehr ein Eintreten für die bulgarische Nationalbewegung erforderte.

<sup>24</sup> Mommsen, S. 83

<sup>25</sup> Mommsen, S. 82

Innenpolitisch nutzte Bismarck die Gelegenheit, um dem Reichstag am 25.11.1886 eine höhere Heerespräsenzstärke vorzuschlagen.

Schließlich bestand der Dreibundvertrag bei seiner Verlängerung im Februar 1887 aus vier Dokumenten:

- dem unveränderten Vertrag von 1882;
- einem *deutsch-italienischen Zusatzvertrag*, indem Italien die deutsche militärische Unterstützung für den Fall eine Ausweitung seines Protektorates Tunesien vornehmen sollte, zugesichert<sup>26</sup> und im Gegenzug Italien die Unterstützung bei einem deutsch-französischen Krieg in Aussicht stellte;
- einem *kuk-italienischen Zusatzvertrag*, in dem Italien von Deutschland und Österreich-Ungarn ein Mitspracherecht auf dem Balkan zugesprochen bekam und für den Fall einer zeitweiligen oder permanenten Okkupation Österreich-Ungarns auf dem Balkan einen territorialen Ausgleich erhalten sollte;
- einem *Schlußprotokoll*, welches die Vereinbarungen zusammenfaßte.

Damit wurde Italien ein Anteil an einem zerfallenen Osmanischen Reich zugesichert. Für Italien war die Vertragserneuerung als ein großer Erfolg zu werten, da Bismarck zur Absicherung der französischen Isolation sehr weit gegangen war und Italien zu einem gleichwertigen Partner in der Orient-Frage machte.

Eine indirekte Abstützung erhielt das Bündnis durch das *Mittelmeer-Abkommen* vom 12.2.1887 zwischen Italien, Großbritannien und Österreich-Ungarn. Italien setzte damit durch, daß sich der Dreibundvertrag nicht gegen Großbritannien richten durfte. Gleichzeitig war die Stoßrichtung gegen Frankreich deutlich, da es die italienischen Forderungen in Nordafrika unterstützte. Gleichzeitig wurde das gemeinsame Interesse an der Aufrechterhaltung des status quo im Nahen Osten und der damit einhergehenden Zurückweisung der Forderungen Rußland und des Osmanischen Reiches deutlich; zumindest sollte jedoch eine Ausweitung der Interessenspläne beider Mächte zurückgewiesen werden. Bismarck unterstützte dieses Abkommen und machte so die weitgehende Zusammenarbeit zwischen Österreich-Ungarn und Italien erst möglich. Ergänzt wurde das Abkommen durch die *Italienisch-spanische Kolonialentente* gegen die französischen Kolonialbestrebungen.

Die russischen Bestrebungen im Nahen Osten waren damit vollständig blockiert und Frankreich außenpolitisch isoliert.

Bismarck war nunmehr bemüht, die „splendid isolation“ Großbritanniens aktiv zu beseitigen und machte deutlich, daß – obwohl er früher eine britische Einmischung in die europäische Mächtepolitik nicht für wünschenswert hielt – ein Rückzug Großbritanniens aus der europäischen Politik ein deutsches Engagement in der Ägypten-Frage nicht mehr rechtfertigen würde. Bismarck bereitete damit ein neues Bündnissystem vor, um gegen die potentiellen Zukunftsgegner Rußland und Frankreich eindämmen zu können und gab hierfür eine der beiden Zentralachsen seines Bündnissystems, die nach St. Petersburg auf, und setzte sich für ein verstärktes britisches Engagement ein.

### ***Rückversicherungsvertrag***

- ◆ Bismarck wollte auch nach dem Scheitern des Drei-Kaiser-Abkommens in der Bulgarienkrise 1885/86 Rußland weiterhin in sein Bündnissystem einbeziehen, auch wenn eine Einigung zwischen der kuk-Monarchie nicht mehr möglich war insbesondere ging es Bismarck darum, eine Annäherung zwischen Rußland und Frankreich mit allen Mitteln zu verhindern, die ihm auch jetzt noch virulent erschien<sup>27</sup> da jedoch gleichzeitig ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich im Raum stand,

<sup>26</sup> Dies beinhaltete auch die indirekte Unterstützung, wenn es mit Frankreich zu einem Krieg kommen sollte und die Sicherung der italienisch-französischen Grenze die Rückgewinnung der 1857 verlorenen Provinzen Savoyen und Sardinien erforderlich machen würde.

<sup>27</sup> Schlaglichter der deutschen Geschichte, S. 194

wurde in St. Petersburg befürchtet, daß ein erneutes Bündnis mit Berlin die Bestrebungen zu einem Präventivkrieg Bismarcks gegen Frankreich stärken würde, was wiederum nach der Annäherung beider Staaten 1886/87 nicht im Interesse der russischen Außenpolitik liegen konnte

- ◆ er schloß daher am 18. Juni 1887 mit Rußland einen Geheimvertrag ab, der aus einem defensiv ausgerichteten Hauptteil und einem offensiven Zusatzprotokoll bestand, in sich beide Staaten zur Neutralität verpflichteten, wenn Deutschland von Frankreich und Rußland von Österreich-Ungarn unprovokiert angegriffen worden wäre
- ◆ gleichzeitig erkannte Bismarck in dem Zusatzprotokoll die russischen Interessen in Bulgarien an und widersprach damit Deutschlands Verpflichtung aus dem Zwei- und Dreibund sowie dem Mittelmeerabkommen  
allerdings wollte Bismarck Rußland damit aus der Isolation in der Orient-Frage herauslösen und Großbritannien zur Stützung der kuk- und italiensischen Orientpolitik zwingen
- ◆ allerdings konnte der Vertrag seine volle Wirkung nicht erreichen, da nicht feststand, daß Rußland im Orient und insbesondere an den Dardanellen und dem Schwarz-Meer-Zugang aktiv werden würde  
letztlich konnte er eine russisch-französische Annäherung nicht verhindern, welche nach der Entlassung Bismarcks und der Nichtverlängerung des Vertrags in der Militärkonvention von 1882 auch zustande kam

### *Scheitern des Vertragssystems*

Nachdem erfolgreichen Mordanschlag auf Zar Alexander II. im September 1881 setzte sein Sohn, Zar Alexander III. die Politik seines Vaters zwar fort, wie dies auch in der Verlängerung des Drei-Kaiser-Abkommens 1884 deutlich wird. Allerdings umgab er sich in der Person des Innenministers, Nikolaj Ignatjew, und des Generalprokurators des Heiligen Synods, Konstantin Pobodonostsew, mit ausgeprägt panslawistisch geprägten Beratern, die eine Zusammenarbeit mit Österreich ablehnten.<sup>28</sup> Zwar war weiterhin Gortschakow Außenminister, allerdings war nicht sicher, daß sein Stellvertreter und Verhandlungsführer Giers diesen Posten erhielt. Ignatjew zumindest begehrte diese Position und startete in der russischen eine Pressekampagne, die seine panslawistische Agitation gegen Österreich und Deutschland richtete.

Gleichzeitig hatte sich auch in Frankreich ein Wandel vollzogen, welches seine Interessen wieder stärker auf Europa konzentrierte und hier insbesondere eine Revanchepolitik gegenüber Deutschland betrieb.<sup>29</sup>

Bereits kurz nach diesen personellen Wechseln zeichneten sich die gemeinsamen Interessen, trotz der bestehenden tiefen ideologischen Differenzen, ab. Bereits im Januar / Februar 1882 besuchte der russische Kriegsheld General Michail Skobelew Paris und tastete die Möglichkeiten eine französisch-russischen Kooperation mit Ministerpräsident Gambetta und anderen prorussischen Kreisen in Paris.

Erst durch die Übernahme des Außenministeriums durch Giers und die Entlassung Ignatjews als Innenministers in St. Petersburg und den Sturz der Regierung Gombetta am 26.1.1882 in Paris durch eine gemäßigt-republikanische Regierung konnte diese Krise entschärft werden.

<sup>28</sup> Otto Pflanze: Bismarck . Der Reichskanzler, München 1998, S. 350.

<sup>29</sup> Bismarck hatte die 1877 ins Amt gekommene republikanische Regierung ermuntert, verstärkt in Nordafrika aktiv zu werden und in Tunis ein Protektorat einzurichten. Allerdings erhob sich im November 1881 mit der Ablösung von Ministerpräsident Jules Ferry durch Léon Gambetta die Frage gestellt, ob man sich nicht wieder verstärkt Elsaß-Lothringen und dem Osten Frankreichs insgesamt zuwenden sollte, als seine Interessen in Afrika zu verfolgen.

Die Mißverständnisse zwischen St. Petersburg und Berlin konnten jedoch niemals mehr vollständig ausgeräumt werden. Die Bulgarien-Krise mit den russischen Verdächtigung gegen Bismarck und die verstärkte Nationalisierung und Panlawisierung der russischen Politik und Presse führte zu einer weiteren Auseinanderrücken zwischen den beiden Kaiserreichen.

Das letztliche Scheitern der deutsch-russischen Zusammenarbeit erfolgte über den Finanzsektor. Zar Alexander III. hatte am 24.5.1887 in einem Ukas den Erwerb von Grundbesitz für Ausländer im Weichsel-Gouvernements untersagt und die Vererbung nur zugelassen, wenn die Erben bereits vor 1887 in Rußland Grundbesitz besaßen.<sup>30</sup> Hiervon betroffen waren zahlreiche hochadeligen Grundbesitzern, die im Gegenzug die Sperrung russischer Kredite vorschlugen. Preußen verfügte daraufhin am 2.11.1887 ein Lombardverbot und als eine Begleitmaßnahme die Annullierung der Mündelsicherheit russischer Staatspapiere, um die Handelsfähigkeit auf dem deutschen Finanzmarkt zu sichern. Bismarck konnte mit dieser Strategie zunächst einen Erfolg erzielen, da die russischen Papiere nur durch den Rückkauf der russischen Regierung für die nicht plazierten Papiere einigermaßen stabilisiert werden konnte.

Allerdings suchte die Regierung Zar Alexander III. ihr Heil nunmehr auf dem französischen Kapitalmarkt, wo sie seit 1886 zu einem beliebten Investmentobjekt wurden, so daß Bismarck mit seinem Ziel, Rußland vom Kapitalmarkt abzuschneiden und seine Abhängigkeit vom Deutschen Reich vorzuführen, gescheitert war.

Zwar war aufgrund der Erschütterungen des politischen Systems Frankreichs nach der Boulanger-Krise und der immer noch deutsch-freundlichen Stimmung in der russischen Hocharistokratie die russische Regierung noch nicht bereit, sich vollständig an Frankreich zu binden. Aber der Kurs auf eine russisch-französische Annäherung war gestellt und damit auch eine Obsoleszenz des Rückversicherungsvetrages, dem Bismarck kein allzu großes Gewicht mehr beimäß<sup>31</sup>.

Bismarck wiederum bemühte sich nunmehr verstärkt um eine Zusammenarbeit mit Großbritannien und wies Frankreich und Rußland die Rolle eines potentiellen Störers der europäischen Friedensordnung zu. Großbritannien sollte dabei Österreich-Ungarn und dem Osmanischen Reich zur Hilfe kommen, wenn Rußland hier entsprechende Anstrengungen unternehmen sollte. In einem Schreiben an den britischen Premierminister Lord Salisbury erklärte Bismarck das deutsch-russische Vertrauensverhältnis, welches bislang eine der beiden zentralen Achsen in Bismarcks Bündnissystem war, für obsolet erklärt und sich allein auf den Zweibund bezogen.<sup>32</sup>

Salisbury ließ daraufhin über seinen Botschafter in St. Petersburg deutlich machen, daß die Politik Großbritanniens mit denen der Zentralmächte übereinstimme, jedoch ein Bündnis mit Deutschland nicht in Frage komme. Gleichzeitig machte er auch deutlich, daß sowohl Großbritannien als auch die Zentralmächte saturiert, jedoch Rußland und Frankreich „hungrige Mächte“ seien. Großbritannien unterstützte zwar die Politik Bismarcks somit indirekt, in der alten britischen Tradition, nach Möglichkeit keine beste Bindung auf dem europäischen Kontinent einzugehen, war jedoch nicht bereit, dies auch durch einen Beistandspakt zu untermauern.

In dieser Situation wurden die Spannungen, die bisher an der Peripherie des europäischen Mächtesystems lagen, in das europäische Zentrum getragen. Bismarck hatte ein System geschaffen, welches die imperialistischen Bestrebungen sowohl der Großmächte als auch der

---

<sup>30</sup> Zar Alexander III. reagierte damit auf die Ansiedlungspolitik Bismarcks, der seit 1886 polnischen und russischen Grundbesitz in den polnischen Besitzungen Rußland mit Staatsmitteln abkaufen ließ, um dort deutsche Bauern anzusiedeln.

<sup>31</sup> Mommsen, S. 99

<sup>32</sup> Mommsen, S. 100

Mächte des zweiten Ranges gegeneinander ausspielten und so austarieren, daß sich die Mächte gegenseitig in Schach hielten.

Deutschland selbst war, wie es Bismarck und das Auswärtige immer wieder verdeutlichten, saturiert und erhob in Europa keine Gebietsforderung. Jedoch wollte es nicht zwischen die Fronten geraten.

Genau dies schien jetzt jedoch zu geschehen. Die Staaten Europas machten Deutschland dafür verantwortlich, daß sie in ihren imperialistischen Bestrebungen nicht vorankamen, nicht ihrem unmittelbaren Rivalen – ein Ansicht, zu der die russische Diplomatie bereits Mitte der 80er Jahre gelangte.

Mit der Abkehr des Reiches von der kolonialpolitischen Abstinenz und dem aktiven Engagement im Osmanischen Reich wurden die bisherigen Saturiertheitsäußerungen damit ebenfalls gegenstandslos – eine Tatsache, die Bismarck mit der Behauptung, nur die Nichtverlängerung des Rückversicherungsvertrages und damit des Abreißen des „Drahtes nach St. Petersburg“ habe die entscheidende Wende zum Scheitern des Bündnissystems gebracht, zeitweise überspielen konnte.

Als Bismarck am 20. März 1890 entlassen wurde, war die Stellung Deutschlands als ausgleichende Faktor innerhalb Europas verloren und das Reich konnte sich allein noch vollständig auf Österreich-Ungarn verlassen.

\*\* \*\* \* \* \* \* \*

### ***Beginn der Kolonialpolitik***

- ◆ Deutschland besaß selbst keine koloniale Tradition und auch von dem Ansinnen, in den Friedensverhandlung von Paris 1871 von Frankreich die Abtretung Kolonialchinas (heute: Vietnam) zu verlangen, wurde verworfen  
Bismarck ging seit 1871 von einer Außenpolitik aus, deren territoriale Ansprüche „saturiert“ waren und die Spannungen an die Peripherie ableitete, was voraus setzte, daß das Reich auch in Übersee nicht zu anderen Mächten in Konkurrenz trat
- ◆ die Ablehnung rechtlichen Besitzes hinderte Bismarck nicht an der Favorisierung eines „Freihandelsimperialismus“, die die Förderung des Handels in Übersee mit staatlichen Mittel erlaubte  
um diesen Handel abzusichern, stelle Bismarck konsularische Dienste bereit und sicherte den Handel gegenüber den lokalen Machthabern und insbesondere gegen die unliebsamen Interventionen Dritter durch Handelsverträge ab, z.B. mit Samoa und Hawaii
- ◆ diese Politik wurde bis 1879 auch durch den Nationalliberalismus mitgetragen, welcher eine staatliche Kolonialpolitik außerhalb eines eng begrenzten Bereiches ablehnte erst der Bruch der Freihandelspolitik und die Einführung von Schutzzöllen 1879, die innenpolitisch ein Schwenk nach rechts bedeutete, brachte hier einen Wandel und die Forderung nach dem Erwerb von Kolonien wurde in der Bevölkerung populär und stelle dabei zwei Gesichtspunkte in den Vordergrund
  - es sollte die hohe Zahl von Auswanderern in deutsche Siedlungskolonien gelenkt werden und somit weiterhin dem deutschen Volk erhalten bleiben,
  - man hoffte, daß durch die Auswanderung die chronische Armut der Unterschichten und damit die die bürgerliche Gesellschaft bedrohenden sozialen Spannungen abgebaut wurden
  - darüber hinaus hoffte man durch die Kolonien neue Absatzmärkte zu erschließen und so den als bedrohlich empfundenen Wirtschaftszyklen ausweichen zu können diese Agitation wurde jedoch vorerst nicht von die Befürwortern eine Kolonialpolitik getragen, die – im Gegensatz zu den Interessen der Wirtschaft – die Fortführung der Freihandelspolitik favorisierten
- ◆ die erste Kolonialdebatte wurde im Reichstag mit der Einbringung der Samoa-Vorlage in den Reichstag im Sommer 1880 geführt<sup>33</sup>  
sämtliche liberalen Fraktionen im Reichstag stellten sich gegen dieses Projekt und lehnten das staatliche Eingreifen des Staates zugunsten Einzelner und daraus folgende Kolonialerwerbungen strikt ab  
die Samoa-Vorlage scheiterte daraufhin mit 112:128 Stimmen im Reichstag, wodurch sich die Anhänger des Freihandels bestärkt fühlten und durch den *19. Kongress deutscher Volkswirthe* 1880 als führender freihändlerischen Interessenorganisation bestätigt wurden
- ◆ mit der Ablehnung der Samoa-Vorlage endeten jedoch nicht die Einwirkungen auf die Reichsregierung, in eine aktive Kolonialpolitik einzusteigen und bereits 1881

<sup>33</sup> Die „Deutsche Handels- und Plantagensgesellschaft“ des Hamburger Handelshauses Godeffroy, an der auch die Disconto-Gesellschaft beteiligt war und die auf Samoa umfangreiche Plantagen betrieb, war aufgrund von Fehlspekulationen im Eisenbahngeschäft ohne Bezug zum Überseegeschäft in finanzielle Schwierigkeiten geraten und Johann Cesar Godeffroy erwog den Verkauf der Gesellschaft an britische Interessenten. Einer der Eigentümer der Disconto-Gesellschaft, Adolph von Hanseemann, verlangte über den Mitarbeiter Bismarcks Heinrich von Kusserow ein Eingreifen des Reiches, um die Besitzungen nicht in britische Hände fallen zu lassen. Der Plan sah vor, daß die „Deutsche Seehandlungsgesellschaft“ die Besitzungen auf Samoa übernehmen und dem Reich eine dreiprozentige Dividentengarantie geben sollte.

unternahm der Kaufmann Hansemann in einer Denkschrift an Bismarck den erneuten Versuch, ihn von der Notwendigkeit von Kolonien zu überzeugen  
 Bismarck reagierte auf die Bestrebungen Hansemanns, der zu diesem Zeitpunkt ein Konsortium zur Gründung einer Handelsgesellschaft für das nördliche Neuguinea zusammenzustellen, zurückhaltend, da er keine mögliche deutsche Kolonialverwaltung sah, die das Gebiet verwalten könnte

allerdings hatte er gegen eine kaufmännische Verwaltung grundsätzlich nichts einzuwenden, der – seine frühere Haltung leicht modifizierend – nach dem Vorbild der britischen *Chartered Companies* den Handelsgesellschaften einen königlichen Freibrief ausstellen, wobei die Verantwortung, die Kosten und das Risiko bei den Handelsgesellschaften verblieb und das Reich sich lediglich auf den Schutz nach außen und insbesondere gegen Interventionen Dritter beschränkte  
 für Bismarck war es nicht Sache des Staates, für die Verwaltung der betroffenen Territorien und deren innerer Sicherheit Sorge zu tragen, sondern der am wirtschaftlichen Erfolg interessierter (*Prinzip indirekter Herrschaft*)

- ◆ Bismarcks Wandel wurde durch die Veränderung der öffentlichen Meinung unterstützt, der die Einstellung zu einer kolonialen Politik des Reiches öffnete  
 begründet war dieser Wandel durch die 1883 einsetzende Rezession und die verbreitete Besorgnis über die wirtschaftliche Lage  
 gleichzeitig hatten die Sozialistengesetze der sozialdemokratischen Agitation letztlich nichts anhaben können und die Nationalliberalen als schärfste Anhänger der Freihandelstheorie hatten bei den Reichstagswahlen 1881 eine schwere Niederlage erlitten  
 dies verhalf den Argumenten Friedrich Fabris (Leiter der Rheinischen Missionsgesellschaft) zu der entsprechenden Resonanz, nach der koloniale Expansionen dem Problem der Massenverarmung entgegentreten könne und den Unterschichten in Übersee neue Arbeitsmöglichkeiten böte sowie die Überbevölkerung reduziere  
 mit einem Appell an das Nationalgefühl wurde suggeriert, daß die Expansion den inneren Zwietracht und Parteienstreit beseitige und quasi der Erhaltung der bestehenden Sozialordnung diene
- ◆ im Gefolge diese Agitation kam es zu Gründung von Agitationsvereinen und Fabri gründete 1881 den „Westdeutschen Verein für Colonisation und Export“ in Düsseldorf  
 der bekannteste Vertreter der Kolonialagitation war der nationalliberale Politiker Johannes Miquel, der hoffte, der nationalliberalen Partei mit der Kolonialagitation wiederbeleben zu können
- ◆ die Kolonialgesellschaften selbst propagierten zu diesem Zeitpunkt jedoch vor allem die Schaffung von Handelsposten, wohingegen die Bevölkerungsansiedlung in den Hintergrund trat (wohl auch um die Reichsregierung nicht herauszufordern)  
 für Bismarck war diese Politik vorerst entscheidend, da er fürchtete, eine offensive Expansion würde die Stellung des Deutschen Reiches im europäischen Mächtesystem beschädigen  
 erst als Bismarck auch einen Nutzung für die innenpolitische Situation sah<sup>34</sup>, war er bereit, eine offensivere Kolonialpolitik zu betreiben und im Vorfeld der Reichstagswahlen 1884 der öffentlichen Meinung entgegenzukommen
- ◆ Bismarck war allerdings weiterhin nicht bereit, interventionistische von Seiten des Staates einzuwirken, soweit der deutsche Handel in den überseeischen Besitzungen dritter Mächte ungestört abgewickelt werden konnte  
 nur vor die deutschen Kaufleute und Agenten gegenüber denen anderer Nationen

<sup>34</sup> Bismarck hoffte, mit der Kolonialpolitik den gemäßigeren Flügel der Nationalliberalen zu stärken, ihn abspalten zu können und so in eine Koalition „staatsbejahender“ Parteien integrieren zu können. Gleichzeitig bot sich die Isolierung der Sozialdemokratie an, da er die Kolonialpolitik unter nationalen Vorzeichen anging und so von inneren Schwierigkeiten ablenken konnte. (Mommsen, S. 61)

benachteiligt wurden, war er bereit, staatlicherseits einzugreifen  
Bismarck lag mehr daran, den überseeischen Handel zu flankieren und wollte so mit Staatsmitteln eine Postdampferlinie nach Ostasien einrichten, was jedoch an der Reichstagsmehrheit scheiterte<sup>35</sup>

- ◆ Bismarck bemühte sich jedoch trotz der Widerstände im Reichstag um eine außenpolitische Absicherung der Handelspolitik, die jedoch noch keine Einrichtung formeller Kolonien vorsah  
so veranlaßte ihn die Englisch-französische Konvention vom 28.6.1882 über die Abgrenzung der Interessensphären in Westafrika<sup>36</sup>, die Hansestädte zu befragen, inwieweit diese Konvention die Interessen des deutschen Handels in Westafrika beeinträchtigte, auch wenn sich das tatsächliche Engagement des deutschen Handels in Übersee noch in Grenzen hielt
  - die bedeutendste Außenwirtschaft war die zu Samoa, wo die deutsche Handelsgesellschaft fast 70 % des Außenhandels der Inselgruppe kontrollierte, allerdings mit dem australischen Subimperialismus zunehmend in Konflikt geriet
  - beachtliche, aber quantitativ bescheidene Handelsbeziehungen bestanden darüber hinaus in Westafrika (Kongo-, Niger-Mündung, Gebiet des späteren Kamerun)<sup>37</sup>
 zwar übten die Handelsniederlassungen massiv Kritik an der Benachteiligung im Gegensatz zu englischen und französischen Kaufleuten, allerdings weigerte sich die Reichsregierung über diplomatische Bemühungen hinauszugehen und kam damit auch den Wünschen des hanseatischen Wirtschaft nach, die eine aktive deutsche Kolonialpolitik ablehnten  
diese Einstellung der Wirtschaft begann sich erst unter dem Direktor der Handels- und Schiffahrtsgesellschaft Woermann & Co. und Vorsitzenden der Handelskammer, Adolf Woermann, zu ändern, der davon ausging, daß der Staat den ersten Schritt zu kolonialen Erwerbungen machen müsse
- ◆ eine Änderung der Haltung Bismarcks wurde erst durch die Entwicklung in Angra Pequena (später Kerngebiet Deutsch-Südwestafrikas) und im Hinterland der Walfish Bay erreicht
  - im Hinterland des britischen Territoriums der Walfish Bay wollte die von Fabri und dem Düsseldorfer Unternehmer F.A. Hasenclever mit Unterstützung der Disconto-Gesellschaft gegründete „Deutsche Bergbaugesellschaft an der Walfisch Bai“ Bergbau betreiben
  - in Angra Penguena hatte der Bremer Kaufmann Adolf Lüderitz von den einheimischen Häuptlingen umfangreiche Ländereien erworben und wollte hier eine Handelsgesellschaft aufbauen
 Lüderitz ersuchte am 16.11.1882 seine Ländereien unter den Schutz des Deutschen Reiches zu stellen, was jedoch vom Auswärtigen Amt abgelehnt wurde, wohl da Lüderitz damit seinen finanziell schwachen Unternehmen bei potentiellen Investoren die notwendige Respektabilität verleihen wollte  
als Lüderitz im Januar 1883 persönlich in Berlin vorstellig wurde, ließ Bismarck am 7.2.1883 über seinen Sohn Herbert in London anfragen, ob die britische Regierung in dieser Region Souveränitätsrechte wahrnehme oder dies beabsichtige<sup>38</sup> und ob

<sup>35</sup> allerdings ging Bismarck auch dieses Vorhaben sehr behutsam an und ließ die Vorlage erst im September 1883 ausarbeiten und erst im Juni 1884 im Reichstag einbringen, wo sie ebenso wie die Samoa-Vorlage heftig von den Verfechtern des Freihandels attackiert wurde

<sup>36</sup> danach sollte der Handel von Angehörigen beider Staaten eine gleichberechtigte Behandlung erfahren, was für Angehörige dritter Staaten nicht vorgesehen war

<sup>37</sup> die Handelshäuser Jantzen & Thormählen und C. Woermann unterhielten hier Niederlassungen, die über afrikanische Mittelsmänner einen lebhaften Handel in das Landesinnere unterhielten und Plantagen betrieben

<sup>38</sup> Bismarck wollte den kolonialen Ambitionen einer anderen Macht nicht in die Quere kommen, da er selbst dem Erwerb von Kolonien reserviert gegenüberstand und dafür keine Staatsmittel in übermäßigem Maße aufbrauchen wollte



Großbritannien den dort ansässigen deutschen Siedlern einen entsprechenden Schutz gewähren könne

das Foreign Office war ob der geringen britischen Präsenz in Angra Penguena anfänglich bereit, ein deutsches Protektorat zu akzeptieren, jedoch protestierte das Colonial Office nach einer entsprechenden Konsultation der Kap-Kolonie gegen eine Festsetzung des Deutschen Reiches nördlich des britischen Souveränitätsgebietes, so daß die britische Regierung die gesamte Westafrika von der Kap-Kolonie bis zum 18. Breitengrad südl. Breite zum britischen Protektorat erklärte

Bismarck sah darin den Versuch Londons, über alle bislang unbesetzten Territorien weltweit prophylaktisch der britischen Souveränität zu unterstellen, unabhängig davon, ob ein britisches Engagement vorliege, so daß er nunmehr die Anweisung gab, überall dort deutschen Siedlern Schutz zu gewähren, wo das Gebiet nicht unter britischer Jurisdiction stand, so daß nunmehr alle Ansuchen ähnlich denen Lüderitz' durch das Auswärtige Amt wohlwollend geprüft wurden

die zwischenzeitlich ausgeweiteten Besitzungen Lüderitz' wurden schließlich am 24.3.1884 formell unter den Schutz des Reiches gestellt, wobei sie damit noch nicht der deutschen Souveränität unterstanden, die nach Ansicht des Auswärtigen Amtes bei höchstens Lüderitz selbst liege

da Lüderitz zwischenzeitlich bankrott war, mußte er seine Rechte in eine von Hansemann und Bleichröder ins Leben gerufenen „Deutschen Kolonialgesellschaft für Südafrika“ eingebracht

- ◆ den deutschen Unternehmen in Kamerun wurde nach der Wende in der deutschen Kolonialpolitik 1884 geraden, ihre Ansprüche auch gegen britische und französische Interessen durchzusetzen und zu deren Absicherung ggf. mit den Stammeshäuptlingen entsprechende Verträge abzuschließen, um so entsprechenden Schritten Londons zuvorzukommen
  - auf drängen der Handelsgesellschaften entsandte Bismarck schließlich den Reichskommissar Gustav Nachtigal in das Gebiet des späteren Kamerun und nach Togo, der Informationen einholen und durch den Abschluß von Handelsverträgen für eine Gleichstellung deutscher und anderer Kaufleute sorgen sollte, ohne jedoch eine formelle Handelskolonie oder ein Protektorat einzurichten
  - Bismarck verlegte sich daher nunmehr auf die Politik, Anwartschaften auf spätere deutschen Besitzungen anzumelden, wo immer dies möglich war, um der Politik Großbritanniens, alle anderen Mächte von kolonialen Erwerbungen auszuschließen, entgegenzutreten
- ◆ die Brennpunkte des Wettrennens um koloniale Besitzungen, dem Deutschland nun beitrug, bildete Ägypten und die Küstenregion am Kongo und Niger
  - Großbritannien hatte Ägypten 1882 gegen den Widerstand vor allem Frankreichs besetzt
  - im Kongo-Gebiet versuchte der französische Expeditionist Piere de Brazza<sup>39</sup>, von Norden aus in das Kongo-Becken vorzudringen, wo allgemein große Reichtümer vermutet wurden
    - gleichzeitig versuchte die Internationale Kongo-Assoziation des belgischen Königs Leopold II. die Zustimmung zur Errichtung eines riesigen Privatimperiums im Kongobecken zu erhalten<sup>40</sup> und eröffnete damit das „Scramble for Africa“
- ◆ am 26.2.1884 schlossen Großbritannien und Portugal einen Vertrag, in dem Portugal aufgrund alter und eigentlich längst erloschener Ansprüche aus dem 17. Jahrhundert die ausschließliche Souveränität vom 5. Breitengrad südl. Breite nordwärts bis zur Kongo-Mündung sowie über den schiffbaren Teil des Kongo zugestanden und so die

<sup>39</sup> nach ihm wurde die heutige Hauptstadt der Republik Kongo, Brazzaville benannt

<sup>40</sup> das Gebiet, welches Leopold II. beanspruchte, entspricht dem 1962 unabhängig gewordene Zaire und heute DR Kongo

Ansprüche Frankreichs in Person von Piere deBrazza sowie der Internationalen Kongo-Assoziation entgegenzutreten

Portugal sollte gleichsam den britischen Interessen dienen, um ein Festsetzen anderer europäischer Mächte an der afrikanischen Westküste zu verhindern

der Vertragsschluß weckte sowohl bei Bismarck als auch in Paris Unmut hervor, da sie die eigenen Bestrebungen und den eigenen Handel mit hohen Zoll- und Verwaltungsabgaben bedrohten

Bismarck sah in dem Vertrag eine grobe Mißachtung des europäischen Völkerrechts und erklärte, ein Staat könnte nur dort koloniale Ansprüche ausüben, wo auch tatsächlich Herrschaft ausübe

die französische Regierung Jules Ferry legte daher Bismarck nahe, ebenfalls Protest in Lissabon und London einzulegen, der wiederum die einmalige Möglichkeit sah, mit Frankreich in kolonialen Fragen zusammenzuarbeiten und so von dem „Loch in den Vogessen“ abzulenken

er bot Paris den Abschluß einer Kolonialallianz an und sagte zu, daß sich die deutschen Bestrebungen in Kamerun nicht gegen Frankreich richteten und sich in der Ägypten-Frage uneingeschränkt auf Frankreichs Seite zu stellen<sup>41</sup> und sah so die Chance, gleichzeitig England zu zwingen, die deutschen Kolonialbestrebungen anzuerkennen da zwischenzeitlich sich auch Großbritannien aufgrund der bekannten Protektionspolitik Portugals gegen das Abkommens Widerstand angemeldet hatte, nahm London von einer Ratifikation im Unterhaus schließlich Abstand

- ◆ zur Lösung der Westafrika-Frage versuchte Bismarck nun, einerseits Großbritannien zu isolieren und andererseits eine internationale Konferenz zur Lösung dieser Frage einzuberufen

Bismarcks Ziel war es, für alle Mächte verbindliche Grundsätze über die Inbesitznahme noch herrenloser überseeischer Territorien sowie über deren Verwaltung festzuschreiben<sup>42</sup> und so die Grundlage des europäischen Mächtesystem weltweit auszudehnen

Bismarck wollte letztlich damit die deutschen Rechte in Übersee schützen, ohne jedoch auch formell Kolonien gründen zu müssen, da nach seinen Vorstellung die Inbesitznahme nunmehr verbindlich geregelt war, wodurch den Interessen der deutschen Wirtschaft Genüge getan sei

in diesem Sinne suchte Bismarck noch im Frühsommer 1884, das Engagement des Reiches in Übersee so gering als möglich zu halten und machte trotz der Errichtung des Protokrates über Angra Penguena am 26.6.1884 im Reichstag sein System der indirekten Herrschaft mit der Verlagerung der Verantwortung und Entwicklung zu den betroffenen Interessen deutlich

allerdings war er in Kamerun bereits über diese Strategie hinausgegangen, als er am 8.4.1884 den Reichskommissar Nachtigal anwies, die in Kamerun von den deutschen Gesellschaften vertraglich erworbenen Territorien unter den Schutz des Deutschen Reiches zu stellen, welchem dieser im Juni 1884 mit formellen Erklärung der Schutzherrschaft über die Küstenregion Kameruns auch nachkam

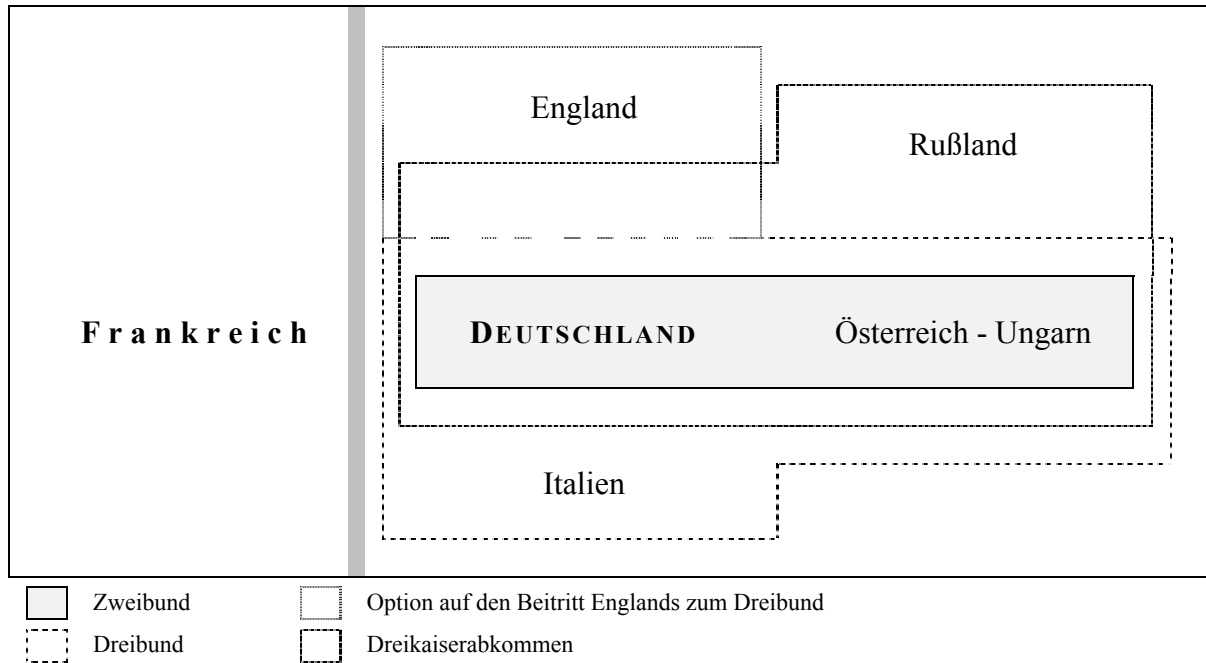
zwar wurde dann im Oktober 1884 unter Beteiligung Bismarcks das „Syndikat für Westafrika“ gegründet, jedoch weigerten sich die beteiligten Firmen, die Verwaltung der Besitzungen in Kamerun aus eigenen Mitteln zu bezahlen und forderten die Einsetzung eines Gouverneurs auf Kosten des Reiches

<sup>41</sup> Die britische Regierung war bestrebt, auf der bevorstehenden *Londoner Konferenz* die ägyptische Finanzkrise zu Lasten der europäischen Kapitaleigner zu lösen. Da Frankreich jedoch die ägyptische Schuldenlast als Hebel nutzen wollte, die britische Besetzung Ägyptens alsbald zu beenden, war der französische Regierung an einer Lösung der Finanzkrise nicht gelegen und konnte jede Unterstützung gebrauchen. Die Unterstützung scheiterte schließlich im Juli 1884 ohne ein greifbares Ergebnis.

<sup>42</sup> Grundlage bildete hier das Prinzip der effektiven Herrschaft und des Freihandels, d.h. des gleichberechtigten wirtschaftlichen Hadelszugang für alle Nationen

als schließlich die Dualas in Kamerun militärisch gegen die Deutschen vorging, war Bismarck schließlich gezwungen, den deutschen Firmen militärisch zu Hilfe zu kommen, um die Gebiete nicht ganz zu verlieren, machte das Modell der indirekten Herrschaft somit obsolet und setzte schließlich 1885 den ersten deutschen Gouverneur für Kamerun ein

- Literatur** Gregor Schöllgen: Stationen deutscher Außenpolitik . Von Friedrich dem Großen bis zur Gegenwart, München 1992  
 Henry A. Kissinger: Die Vernunft der Nationen . Über das Wesen der Außenpolitik, Berlin 1996  
 Wolfgang J. Mommsen: Großmachtstellung und Weltpolitik . Die Außenpolitik des Deutschen Reiches 1870 bis 1914, Berlin 1993  
 Otto Pflanze: Bismarck . Der Reichskanzler, München 1998



**Abb. 1:** Bismarcks Bündnissystem